



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 5. Januar 2022

4797. 2020/45

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion vom 29.01.2020:

Unterstützung der Sozialpartner betreffend Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrags für die familienergänzende Kinderbetreuung als Grundlage für die Subventionierungspraxis der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Marco Geissbühler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2177/2020): Wir leben in einer absurden Welt, in einer Welt, die auf dem Kopf steht. Wer dafür arbeitet, dass einige Superreiche auf Kosten von uns allen noch reicher werden, beispielsweise als Investmentbanker oder Unternehmensberaterin, wird fürstlich entlohnt. Wer für das gesellschaftliche Wohl arbeitet, muss oft mit miserablen Arbeitsbedingungen leben. Ein Beispiel dafür ist das Gesundheitswesen oder auch die Kinderbetreuung. Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger müssen sich über Jahre hinweg von schlecht bezahlten Praktika zu schlecht bezahlten Praktika hangeln, viele Krippen sind unterbesetzt, die Angestellten leiden unter Stress und chronischer Überlastung und die Kinder unter zu wenig Betreuung. Die Löhne und die Perspektive sind bescheiden. Unser Vorstoss ist leider nicht so revolutionär, wie er es eigentlich sein müsste. Er wird die Verhältnisse nicht vom Kopf auf die Füsse stellen. Wenn wir heute «Ja» stimmen, werden die Angestellten in der Kinderbetreuung morgen nicht plötzlich einen guten Lohn und optimale Arbeitsbedingungen erhalten. Wir fordern die Stadt lediglich dazu auf, die Sozialpartner, also die Kitabesitzerinnen oder Kitabesitzer und die Angestellten, beim Ausarbeiten eines Gesamtarbeitsvertrags zu unterstützen. Das löst nicht alle Probleme. Ein Gesamtarbeitsvertrag hilft aber, die Verhältnisse wenigstens ein wenig zu normalisieren. Mit einem Gesamtarbeitsvertrag können die Arbeitsbedingungen in der Branche nicht mehr einseitig über die Köpfe der Angestellten hinweg entschieden werden. Praktikerinnen und Praktiker aus der Kinderbetreuung können gemeinsam über die Arbeitsbedingungen sprechen und sie so aushandeln, dass sie für beide Seiten stimmen und breit akzeptierte Mindeststandards setzen. Damit schaffen sie gleichlange Spiesse für alle und verhindern eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen. Wo die Gewinnmargen knapp sind, sind immer die Betriebe auf dem sogenannten freien Markt am erfolgreichsten, die beim Personal am meisten sparen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir wollen. Vom jetzigen System profitieren die Kitas mit schwierigen Zuständen, die dank zu wenig und zu wenig ausgebildetem Personal sowie Lohndrücken ihre Marge optimieren. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich qualitativ hochwertige und soziale Kitas durchsetzen können. Das schafft eine Perspektive, macht die Berufe attraktiver und zieht gute Leute an, was wiederum die Kinderbetreuung verbessert – ein positiver sich selbst verstärkender Kreislauf statt eines Teufelskreises. Ein Gesamtarbeitsvertrag



ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und macht weitergehende staatliche Regulierungen unnötig.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2020 gestellten Ablehnungsantrag: *In der Beschreibung des Postulats steht, dass viele Mitarbeiter in Kinderkrippen in der Stadt Zürich in prekären Verhältnissen arbeiten. Wäre das wahr, wäre das ein Armutszeugnis für Ihre Politik. Unter Ihrer Obhut und Ihrem Blick arbeiten angeblich Mitarbeiter in prekären Verhältnissen. Angeblich sind 75 Prozent der Kitas konkursgefährdet. Das von Ihnen gebaute System funktioniert überhaupt nicht. Prekäre Verhältnisse, Konkursgefährdung, eine ganz schlimme Situation und Missstände, die von Medien aufgedeckt werden – bei diesem von Linken gebauten kaputten System bringt es garantiert nichts, die Missstände mit Geld der Steuerzahler zuzudecken. Wenn ein System faul ist, dann muss das System auf gute Beine gestellt und die Missstände nicht einfach mit Geld überdeckt werden. Sie müssen das System zuerst richtig aufstellen und erst zum Schluss darüber diskutieren, ob es mehr Geld braucht.*

Weitere Wortmeldungen:

Selina Walgis (Grüne): *Ein Gesamtarbeitsvertrag für die familienergänzende Kinderbetreuung ist aus diversen Gründen wichtig und zielführend. Erstens würde die Qualität in der Betreuung der heranwachsenden Generation erhöht. Das alleine sollte schon Ansporn genug sein. Möchten wir, dass die heranwachsende Generation in Kitas betreut wird, bei denen die Arbeitnehmenden schlecht bezahlt sind und es eine hohe Fluktuation gibt oder möchten wir Arbeitsbedingungen, mit denen das Personal auch langfristig zufrieden ist und motiviert dabeibleibt? Es ist überfällig, die Arbeitsbedingungen durch einen Gesamtarbeitsvertrag und damit das ganze System zu verbessern. So kann auch der Effekt vermindert werden, dass beispielsweise die Geschäftsleitung einen viel höheren Lohn erhält als bei der Normkostenrechnung gedacht ist, während alle anderen Mitarbeitenden weniger verdienen als vorgesehen ist. Das von der Stadt Zürich investierte Geld würde so auch gezielter eingesetzt werden und dort ankommen, wo es wirklich gebraucht wird. Die Branche würde durch den Gesamtarbeitsvertrag aufgewertet und die Arbeitnehmenden erhielten mehr Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen. Diverse Schwachpunkte in der familienergänzenden Kinderbetreuung könnten so an der Wurzel gepackt werden. Es geht also nicht nur um mehr Geld, sondern um einen Gesamtarbeitsvertrag.*

Claudia Rabelbauer (EVP): *Die EVP wird auch dieses Postulat ablehnen. Man muss sich schlussendlich die Grundsatzfrage stellen, ob wir eine staatliche Kinderbetreuung wollen oder ob wir möchten, dass die Kinderbetreuung wie bisher von Privaten geführt wird. Letzten Endes muss man beachten, dass die Privaten das Risiko tragen. Wenn es gut läuft, dürfen die Privaten etwas verdienen und wenn es schlecht läuft, tragen die Privaten das Risiko. In der Kinderbetreuung haben wir auf städtischer und kantonaler Ebene eine sehr hohe Regulierungsdichte sowie viele Kontrollen. Ein Gesamtarbeitsvertrag für eine Branche, in der es ganz viele kleine sehr unterschiedliche Krippen gibt, ist meiner Meinung nach eine grosse Herausforderung. Ich bin gespannt, wie der Verband*



Kinderbetreuung Schweiz (kibesuisse) diese Forderung «managen» wird – zumal auch nicht alle Mitglied beim Verband sind. Wäre der Gesamtarbeitsvertrag freiwillig, bezweifle ich, dass sich viele der kleinen Krippen anschliessen würden. Wer mit der Stadt einen Kontrakt-Vertrag hat, geht bereits gewisse Regulierungen wie beispielsweise bei den Mindestlöhnen ein. Diese werden jährlich kontrolliert. Zudem finde ich 4 300 Franken im Monat plus einen 13. Monatslohn, 5 Wochen Ferien im Jahr und geregelte Arbeitszeiten bei einer sehr sinnerfüllten Arbeit für eine 19-Jährige, die die Lehre abschliesst, gar nicht so schlechte Rahmenbedingungen. Zwingt man die Krippen, hohe Löhne zu zahlen, stellt sich die Frage, wo man die Zitrone noch auspressen will. In meiner Krippe haben wir 200 Quadratmeter Platz für 11 bis 12 Kinder. Das finde ich nicht schlecht. Diese Platzverhältnisse müssten bei höheren Löhnen aber reduziert werden. Damit die Mitarbeiter mehr Lohn bekommen, müssten die Kinder in Hühnerställe gepfercht werden. Oder will man beim Essen sparen? Irgendwo muss gespart werden, weil eine Erhöhung der Elternbeiträge – sie schmerzen bereits heute viele Eltern – dazu führen kann, dass die Eltern eine Nanny einstellen. Ob diese unter besseren Arbeitsbedingungen arbeitet, ist fraglich; die Kontrollen fallen weg und auch die Stadt hat weniger Einfluss, wo sie doch heute mit den Kitas ein wunderbares Instrument für die Sprachförderung und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund hat. Sind wir doch ehrlich: Der Lohn ist bei weitem nicht das Einzige, was einen Job attraktiv macht. Ein Job wird auch durch Rahmenbedingungen wie Weiterbildungsmöglichkeiten attraktiv. Letzten Endes sprechen wir hier immer noch von privaten Kitas. Die Eltern können sich die Kitas aussuchen und reden untereinander über die Qualität und die Fluktuation der Betreuungspersonen. In einigen Quartieren gibt es sogar ein Überangebot an Krippen. Es gibt bereits Mindestlöhne und auch die Kündigungsfristen sind gesetzlich geregelt. Uns ist nicht ganz klar, welchen qualitativen Mehrwert Sie mit diesem Vorstoss erreichen möchten.

Markus Baumann (GLP): *Die GLP setzte sich immer für Sozialpartnerschaften ein und tut dies nach wie vor. Die GLP steht dem Sinn eines Gesamtarbeitsvertrags für diese Branche nicht per se entgegen, der Gesamtarbeitsvertrag kann sehr wohl ein zielführendes Instrument sein. Wir sehen aber auch die Herausforderungen. Diese sind Aufgabe der Sozialpartner und nicht der Stadt Zürich, die notabene schlussendlich auch gleich noch Auftraggeber und Zuweiser ist. Ich finde es befremdlich, wenn in einem Markt mit einem Anteil von 95 Prozent Privaten der starke Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) klar sagt, dass der Partner kibesuisse wäre. Es ist allen klar, wer mit wem welche Sozialpartnerschaften eingehen müsste. Es braucht keinen Dritten und vor allem nicht denjenigen, der als Auftraggeber beauftragt ist. Wir lehnen das Postulat ab, weil es schlicht und einfach nicht Aufgabe der Stadt ist, Sozialpartner zusammen zu bringen und einen Gesamtarbeitsvertrag zu machen. Im Grunde genommen sollten sich der VPOD und kibesuisse zusammmentun. Ich bin gerne bereit, die beiden an einen Tisch zu bringen, damit sie miteinander sprechen. Ich glaube, das Problem liegt eher zwischen den beiden Parteien und ich frage mich, was die Stadt da machen soll. Wir lehnen den Vorstoss ab – aber mit der Aufforderung an die beiden Partner, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und so einen Gesamtarbeitsvertrag auszuarbeiten.*



Natascha Wey (SP): Wir sprechen hier über ein Postulat; das ist in erster Linie ein Prüfungsauftrag, bei dem es darum geht, einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Man schliesst einen Gesamtarbeitsvertrag nicht ab, indem man heute dem Postulat zustimmt – es sind letzten Endes die Sozialpartner, die entscheiden, ob sie einen Gesamtarbeitsvertrag abschliessen. Die Organisation der Arbeitgeberlandschaft ist aber nicht ganz einfach, weil der Branchenverband nicht immer ganz eindeutig in seinem Selbstverständnis ist, ob er ein Arbeitgeber ist oder nicht. Man kann aus gewerkschaftlicher Sicht sagen, dass wir ein Interesse an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Qualität in den Kitas haben und auch daran, dass letztlich mehr Geld in die Kitalandschaft fliesst. Die Kitalandschaft ist unterfinanziert und es fehlt an Geld. Es ist deshalb aus gewerkschaftlicher Sicht auch klar, dass man einen Kita-Gesamtarbeitsvertrag nicht zu heutigen Bedingungen abschliessen würde und dass auch die Stadt diejenige wäre, die allenfalls die Kostensteigerung tragen müsste, damit man die Arbeitsbedingungen und die Löhne tragen kann.

Dominique Zygmunt (FDP): Viele unserer Beweggründe für die Ablehnung wurden bereits genannt. Ein Punkt im Text des Postulats bereitet uns besonders Sorge, so soll der Gesamtarbeitsvertrag offenbar «als Grundlage für die Subventionspraxis der Stadt Zürich dienen». In unserem Verständnis heisst das, dass der Gesamtarbeitsvertrag zur Vorbedingung für sämtliche Subventionen wird, die die Stadt in Zukunft den Kitas ausschütten soll. Dieser Schritt geht uns zu weit. Der Gesamtarbeitsvertrag ist für uns immer noch ein Produkt, das zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite entsteht und insofern – solange er nicht allgemeinverbindlich ist – sicherlich nicht als Grundlage für eine solche Subventionspraxis dienen soll. Auch das bewog uns dazu, das Postulat abzulehnen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Wir überarbeiten aufgrund von anderen Vorstössen aus dem Gemeinderat aktuell unsere gesamte Subventionierungspraxis und auch die Verordnung Kinderbetreuung. Die entsprechende Vorlage wird kommenden Herbst in den Gemeinderat kommen. Wir stehen hier vor einer wichtigen Wegschere der Kinderbetreuung in der Stadt Zürich. Hinter uns liegt eine Phase, in der der Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben werden konnte – insbesondere auch der subventionierten Plätze. Vor zehn Jahren fand man noch keine subventionierten Kitaplätze, die Situation hat sich verändert und heute besteht grundsätzlich an den meisten Orten und für die meisten Eltern eine gewisse Auswahl. Das ist erfreulich, aber wir wissen alle, dass im Bereich der Qualität noch einiges verbessert werden könnte. Das wollen wir tun – auch im Bewusstsein der zusätzlichen Kosten. Das dazu benötigte Geld muss die Stadt selbst aufbringen, Kanton und Bund helfen uns aktuell nicht. Wir hoffen aber sehr, dass sich das ändern wird. Das würde uns in der Entwicklung ein wenig mehr Spielraum geben. Die Qualität besteht vereinfacht gesagt aus zwei Elementen. Einerseits sind das Qualitätsmassnahmen im weitesten Sinne; das können Betreuungsschlüssel oder bestimmte Qualitätsprogramme sein. Das andere Element ist selbstverständlich das Personal. Welches Personal haben wir und welche Perspektive hat das Personal? Die zwei Faktoren der Qualität fliessen zwangsläufig – ob wir wollen oder nicht – in unsere Subventionierung ein. Wir



5 / 5

können nicht subventionieren, ohne dass wir Annahmen darüber treffen, welche Löhne bezahlt werden. Sinnvollerweise heizen wir nicht selbst einen Lohnwettbewerb an, damit am Ende die Kitas am meisten Geld verdienen, die die tiefsten Löhne zahlen. Damit das nicht passiert, müssen wir gewisse Vorgaben machen. Bereits heute heisst es in der Verordnung Kinderbetreuung «Der Vorsteher des Sozialdepartements legt die Mindestlohnvorgaben fest.» Das mache ich jährlich, die Kitabetreibenden kennen das. Der Staat lässt also auch heute nicht einfach seine Finger aus dem Spiel – wir müssen uns hier einmischen. Die Mindestlohnbestimmungen sind aber etwas sehr rudimentäres und für eine wirkliche Entwicklung einer Branche und auch eines Berufsstandes reicht nicht, was wir heute auf etwa eineinhalb A4-Seiten verschriftlichen. Wenn wir das Qualitäts-thema und die Weiterentwicklung der Kitas ernst nehmen, müssen wir im Bereich der Anstellungsbedingungen aktiv werden. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder heisst es in der künftigen Verordnung einfach, dass der Vorsteher des Sozialdepartements, der Stadtrat oder der Gemeinderat die Vorgaben zu den Anstellungsbedingungen macht oder aber wir versuchen darauf hinzuwirken, dass sich die Sozialpartner finden und die Stadt die Vorgaben nicht selbst macht. Das ist die wesentlich weniger staatliche Lösung. Mir wäre es lieber, die Sozialpartner würden die Vorgaben machen und nicht ich aus dem 16. Stock des Werdhochhauses. Ich fordere die Sozialpartner deshalb auf, sich an einen Tisch zu setzen und eine Lösung zu finden. Dabei helfen wir gerne. Als nicht unwesentlicher Finanzierer der Kinderbetreuung kann die Stadt ausserdem die Bereitschaft signalisieren – entscheiden kann ich nicht allein –, die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit über unsere Subventionierungspraxis ein Minimum Eingang in einen solchen Gesamtarbeitsvertrag findet. Eine spezielle Herausforderung wird die Entscheidung sein, wer am Ende welchen Anteil des Gesamtarbeitsvertrags bezahlt. Es gibt einerseits subventionierte Plätze und andererseits Plätze, die vollbezahlt werden. Wir müssen uns eine Verschiebung überlegen, damit die höheren Löhne nicht einfach bei den Vollzahlenden durchschlagen. Wir werden alle möglichen Variationen diskutieren müssen und es ist klar, dass es Geld kosten wird. Wir sind bereit, dieses Geld in die Hand zu nehmen und sind auch bereit mitzuhelfen, damit sich die Sozialpartner finden und mit uns gemeinsam ein weiteres Schrittlchen auf dem sehr erfolgreichen Weg der Weiterentwicklung der Kitalandschaft in der Stadt Zürich gehen. In diesem Sinne sind wir froh, wenn Sie uns das Postulat überweisen, sodass künftig die Sozialpartner und nicht ich die Löhne vorgeben.

Das Postulat wird mit 55 gegen 53 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat